



Forschungsergebnisse

Was den beruflichen Wiedereinstieg von jungen Müttern fördert

Nachgefragt

Hat Deutschland ein Armutsproblem?

Wirtschaftspolitische Analyse

Unternehmen in China steigern ihre Forschungsproduktivität

Staatsschuldenkrise in Europa – Die Art einer Umschuldung ist entscheidend

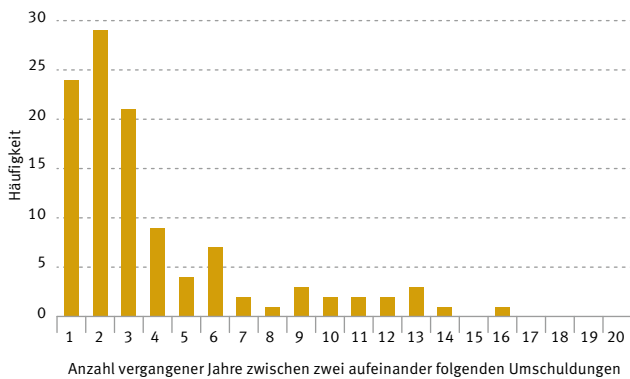
Der derzeitige griechische Finanzminister Yanis Varoufakis fordert immer wieder eine Umschuldung für sein Land. Das Argument: Eine Umschuldung müsse nicht unbedingt eine Reduktion des Nennwerts der Schulden beinhalten, sondern lediglich die Gewährung niedrigerer Zinsen oder längerer Laufzeiten. Eine aktuelle ZEW-Studie legt jedoch nahe, dass ein derartiges Vorgehen den Erfolg der Umschuldung abschwächen kann – zumindest wenn der Erfolg an der Wahrscheinlichkeit von eventuell notwendigen Nachfolgeumschuldungen gemessen wird.

Erwartungsgemäß ist die Wahrscheinlichkeit von kurzfristigen Nachfolgeumschuldungen umso geringer, je höher ein anfänglicher Schuldenschnitt ausfällt. Interessanterweise scheint aber die Art einer Umschuldung auch eine entscheidende Rolle zu spielen: Die direkte Reduktion des Nennwerts staatlicher

Schulden mindert die Wahrscheinlichkeit von Nachfolgeumschuldungen ungefähr doppelt so stark, wie eine identische Reduktion des Gegenwartswerts der Schulden durch die Gewährung niedrigerer Zinsen oder längerer Laufzeiten.

Bei näherer Betrachtung der Historie aller Umschuldungen souveräner Staaten vis-à-vis ihren privaten Gläubigern zwischen 1970 und 2010 wird deutlich, dass Umschuldungsserien kein außergewöhnliches Phänomen sind, sondern für viele Länder die Regel darstellen. So zeigt sich beispielsweise, dass 41 Prozent aller Umschuldungen in den ersten drei Folgejahren eine weitere Umschuldung nach sich ziehen. Daher stellt sich die Frage, welche Umschuldungen – bezogen auf ihre Art und Höhe – mit einer höheren Wahrscheinlichkeit nachfolgender Umschuldungen einhergehen. Dazu haben die ZEW-Forscher ein sogenanntes Überlebenszeitmodell geschätzt, das untersucht, ob ein

UMSCHULDUNGSSERIEN SOUVERÄNER STAATEN NACH HÄUFIGKEIT IM ZEITVERLAUF VON 40 JAHREN



Die Grafik zeigt die absolute Anzahl von Nachfolgeumschuldungen (insgesamt 111).
Quelle: Berechnungen des ZEW auf Basis eines Datensatzes der Ökonomen Juan J. Cruces und Christoph Trebesch.

Land innerhalb eines kleinen Zeitintervalls eine erneute Umschuldung durchführt, sofern es bis zum Beginn dieses Zeitintervalls „überlebt“ hat, also ohne weitere Umschuldung auskam. Die Ergebnisse legen nahe, dass der Höhe der Umschuldung gemessen am Kapitalwert, das heißt dem Gegenwartswert aller zukünftigen Zahlungsströme, eine entscheidende Bedeutung

zukommt. Je höher die Umschuldung, desto geringer die Wahrscheinlichkeit weiterer Umschuldungen in der Zukunft. Bemerkenswert dabei ist, dass die Art der Umschuldung eine Rolle spielt: Ein Schuldenschnitt im Sinne einer direkten Reduktion des Nennwerts der Schulden eines Landes geht mit einem fast doppelt so starken negativen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit für Nachfolgeumschuldungen einher wie die Verringerung des Kapitalwerts durch Laufzeitverlängerungen oder niedrigere Zinsen. Als mögliche Erklärung dafür führen die Wissenschaftler an, dass die Reduktion des Nennwerts ein Land direkt sichtbar entlastet, während der Einfluss niedrigerer Zinsen oder längerer Laufzeiten erst mit der Zeit ihre Wirkung entfalten können und den absoluten Schuldenstand nur indirekt senken.

Sofern Yanis Varoufakis also weiterhin entgegen der aktuellen Stimmung in der Eurogruppe an der Idee einer Umschuldung festhält und gleichzeitig an einer langfristigen Lösung interessiert ist, wäre er gut beraten, dennoch einen unverblühten „Schuldenschnitt“ – also die Reduktion des Nennwerts der griechischen Schulden – zu fordern. Eine „Umschuldung“ – also eine Entlastung Griechenlands durch niedrigere Zinsen und noch längere Laufzeiten – brächte womöglich nur halb so viel.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14126.pdf>

Christoph Schröder, christoph.schroeder@zew.de

Bankenregulierung in Europa weitet die Nachfrage nach Staatsanleihen aus

Der Anteil von Staatsanleihen im Portfolio von Banken in Europa hat in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen. Die Banken konzentrieren sich dabei vorwiegend auf einheimische Schuldentitel. Eine Studie hat untersucht, was die wichtigsten Faktoren für die Nachfrage von Banken nach einheimischen Staatsanleihen sind und ob die Regeln von Basel II und III die Nachfrage erhöht haben.

Eine zunehmende Konzentration bei der Geldanlage in Staatsanleihen – wie sie sich in Europa zuletzt entwickelt hat – kann das Risiko von Banken und des ganzen Bankensystems negativ beeinflussen sowie im Krisenfall verstärkend wirken. Wissenschaftler des ZEW und der Frankfurt School of Finance & Management haben untersucht, ob es sich dabei um eine Folge der Bankenregulierung handelt. Die Daten beziehen sich quartalsweise auf Banken in der Eurozone im Zeitraum von 1999 bis 2014 und wurden länderweise aggregiert. Die Schätzungen zeigen, dass der Umfang der von Banken gehaltenen Staatsanleihen zum einen signifikant vom Angebot bestimmt wird: Je mehr Anleihen vom Staat emittiert werden, desto höher ist die Anlagesumme der Banken. Aber vor allem die Einflüsse der Bankenregulierung

sind ökonomisch bedeutsam und signifikant, was sowohl für die Einführung von Basel II als auch von Basel III gilt. Beide Regulierungspakete hatten eine deutliche Ausweitung der Nachfrage der Banken nach einheimischen Staatsanleihen zur Folge. Eine zentrale Ursache dürfte sein, dass die vorgegebenen Risikogewichte von Staatsanleihen auf null festgelegt wurden und so das tatsächliche Risiko unterschätzt wird. Bei Basel III sind neue Liquiditätsanforderungen hinzu gekommen, die für Banken einen Anreiz bilden, die Nachfrage nach den liquiden Staatsanleihen zu erhöhen. Ebenso wirkten die Liquiditätsspritzen der Europäischen Zentralbank positiv auf die Nachfrage.

Angesichts des Risikos einer zunehmenden Konzentration der Bankportfolios in einheimischen Staatsanleihen empfehlen die Forscher, begrenzende Maßnahmen für den Kauf von Staatsanleihen durch Banken einzuführen. Eine schon oft vorgeschlagene, aber bisher noch nicht umgesetzte Maßnahme besteht in der Festlegung realistischer Risikogewichte für Staatsanleihen bei der Bestimmung des Mindesteigenkapitals von Banken.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14123.pdf>

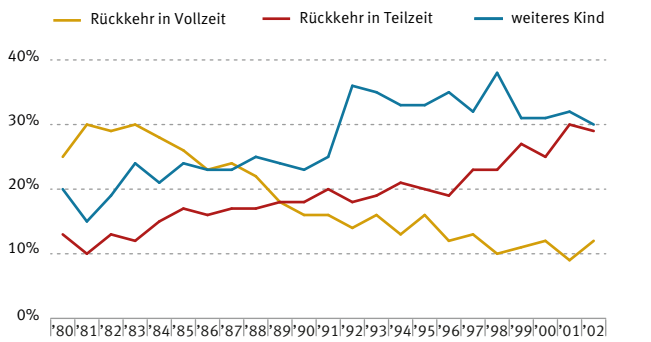
Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

Kinderbetreuung und Jobqualität fördern Rückkehr von Müttern ins Arbeitsleben

Die Mutterschaft stellt für viele Frauen eine entscheidende Phase in ihrem Lebenslauf dar. Viele Frauen, die bis zur Geburt eines Kindes einer Vollzeitbeschäftigung nachgegangen sind, arbeiten anschließend in Teilzeit oder steigen beruflich ganz aus. Wissenschaftler des ZEW haben die Faktoren untersucht, die die Entscheidung von Frauen beeinflussen, ob sie nach Entbindung und Elternzeit ihre Berufstätigkeit wieder aufnehmen.

Zu den Faktoren, die die Entscheidung von Frauen über ihr weiteres Berufsleben nach der Geburt ihres ersten Kindes beeinflussen, zählen: persönliche Eigenschaften und die des Arbeitgebers, die berufliche Tätigkeit, Arbeitsmarktbedingungen und die Verfügbarkeit von Kinderbetreuung. Hinzu kommen die gesetzlichen Regelungen zu Mutterschutz und Elternzeit.

VERÄNDERUNG DER RÜCKKEHRENTScheidungen JUNGER MÜTTER IM UNTERSUCHUNGSZEITRAUM



Quelle: ZEW

Die Studie betrachtet insgesamt 19.535 Frauen in Deutschland im Alter von 18 bis 45 Jahren, die zwischen 1985 und 2005 ihr erstes Kind bekamen und die vor der Entbindung Vollzeit arbeiteten. Der Analyse liegen biografische Daten der BASiD-Datenbank zugrunde, die Zahlen der deutschen Rentenversiche-

rung mit Zahlen der Bundesagentur für Arbeit verknüpft. Aus diesen Daten haben die Forscher errechnet, dass etwa 38 Prozent der von der Studie betrachteten Mütter zu ihrem alten Arbeitgeber zurückkehren (18 Prozent in Vollzeit, 20 Prozent in Teilzeit) und etwa 13 Prozent den Arbeitgeber wechseln. Eine Reduktion der Arbeitszeit nach der Rückkehr können sich jedoch vor allem die Besserverdienenden leisten; Geringverdiener kehren hingegen häufiger in Vollzeit zurück. Mehr als ein Viertel der Frauen bekommt ein weiteres Kind und 15 Prozent melden sich arbeitslos. Lediglich sieben Prozent entscheiden sich für Aus- und Weiterbildung oder Selbstständigkeit.

Starker Einfluss des beruflichen Umfelds

Die Rückkehrentscheidungen von Müttern haben sich jedoch über den Untersuchungszeitraum verändert (siehe Grafik). So kehren mehr Frauen als früher in Teilzeit zurück oder bekommen ein zweites Kind vor der Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Dabei ist die Rückkehrentscheidung von Müttern stark von ihrer Produktivität, aber auch den Arbeitsbedingungen und der Qualität der Beschäftigung beim vorigen Arbeitgeber abhängig. Insbesondere geeignete Arbeitsbedingungen beim Arbeitgeber, aber auch eine hohe Qualität der Tätigkeit vor der Geburt machen eine Rückkehr wahrscheinlicher.

Die Veränderungen in der Rückkehrentscheidung von Frauen im Untersuchungszeitraum spiegeln teilweise die veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Elternzeit sowie die Verfügbarkeit der Kinderbetreuung wider. Die Ergebnisse der Studie werfen unter diesen Aspekten ein kritisches Licht auf einige Kernelemente der Familienpolitik in Deutschland: Einzig das erweiterte Angebot von Kinderbetreuungsplätzen hat den gewünschten Effekt einer beschleunigten Rückkehr ins Arbeitsleben.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14125.pdf>

Jun.-Prof. Dr. Melanie Arntz, arntz@zew.de
 Dr. Stephan Dlugosz, dlugosz@zew.de
 Prof. Dr. Ralf Wilke, rw.eco@cbs.dk

INHALT

- Staatsschuldenkrise in Europa – Die Art einer Umschuldung ist entscheidend 1
- Bankenregulierung in Europa weitet die Nachfrage nach Staatsanleihen aus 2
- Kinderbetreuung und Jobqualität fördern Rückkehr von Müttern ins Arbeitsleben 3
- Schritt für Schritt zum Innovationserfolg 4
- Osteuropäische Länder profitieren von der EU-Klimapolitik 5

- Unternehmen setzen unterschiedliche Prioritäten beim Schutz der eigenen Marke 6
- Abschaffung des Hochschullehrerprivilegs hat weniger Technologietransfer zur Folge 7
- Nachgefragt: Hat Deutschland ein Armutsproblem? 8
- Steigende Forschungsproduktivität bei chinesischen Unternehmen 9
- ZEW Intern 10
- Daten und Fakten 11
- Standpunkt 12



Insbesondere Unternehmen mit einem erschwerten Zugang zum Kapitalmarkt stellen Innovationsprojekte oft zu früh ein. Der Grund: Bei einer schrittweisen Finanzierung gehen ihnen die Mittel aus, bevor sich die Erfolgchancen des Projekts zeigen können.

Schritt für Schritt zum Innovationserfolg

Wettbewerb und ein sich ständig veränderndes Marktumfeld zwingen Unternehmen dazu, innovativ zu sein und ihr Produktangebot fortlaufend zu erneuern. Doch dieser Prozess ist mit erheblichen Risiken verbunden. Innovative Unternehmen geben viel Geld Forschung und Entwicklung (FuE) aus. Die Ergebnisse dieser Innovationsprojekte sind jedoch in den seltensten Fällen vorhersehbar. Die Frage, wie finanzielle Mittel für FuE am effizientesten investiert werden und wo Stolpersteine liegen, hat das ZEW untersucht.

Eine schrittweise Finanzierung von unsicheren Innovationsprojekten wird weithin als die geeignetste Methode angesehen, unternehmerisches Risiko mit einer adäquaten Kostenkontrolle zu verbinden. Anstatt die finanziellen Mittel zur Durchführung eines Projekts in einem Zug bereit zu stellen, werden Vorhaben in einzelne Abschnitte unterteilt. Zu jedem dieser Abschnitte werden Teilziele oder Meilensteine formuliert, die erreicht werden müssen, damit eine Anschlussfinanzierung erfolgt. Diese Meilensteine können zum Beispiel die Entwicklung eines Prototyps oder ein positiver Test zur Marktakzeptanz sein. Im Idealfall erhöht sich das finanzielle Engagement eines Unternehmens nach jedem Meilenstein. Da normalerweise mit jedem erfolgreichen Teilabschnitt im Entwicklungsprozess auch die Unsicherheit über den Projekterfolg abnimmt, kann das eingesetzte Budget mit sinkendem Risiko gesteigert werden.

Die ZEW-Studie zeigt anhand einer repräsentativen Stichprobe von deutschen Unternehmen im Zeitraum von 2006 bis 2010, dass zwischen einer schrittweisen Finanzierung von Innovationsprojekten und der Effizienzsteigerung im Innovationsprozess, durch die Firmen ihren Umsatz mit innovativen Produkten steigern können, kein allgemein positiver Zusammenhang besteht. Stattdessen hat eine schrittweise Finanzierung nur unter bestimmten Bedingungen Einfluss auf den Innovationserfolg.

Firmen, deren Innovationsprojekte nicht allzu weit von ihrer bisherigen Produktpalette abweichen und damit keine radikale Abwendung vom bestehenden Produktangebot darstellen, profitieren von einer schrittweisen Finanzierung. Der Grund dafür ist, dass diese Projekte Firmen vor keine bisher gänzlich unbekanntes Herausforderungen stellen. Wenn hingegen neue Ab-

satzmärkte erschlossen werden sollen oder der Umgang mit innovativen Technologien gemeistert werden muss, ist das schematische Modell einer schrittweisen Finanzierung mit im Vorfeld formulierten Meilensteinen oft zu starr, um den unternehmerischen Innovationserfolg anzutreiben. In solchen Fällen sollten flexiblere Prozesse der Innovationsfinanzierung genutzt werden.

Ein weiterer entscheidender Faktor für den Erfolg einer schrittweisen Finanzierung ist eine ausreichende Kapitalausstattung. Firmen mit geringerer allgemeiner Bonität – und damit einem erschwerten Zugang zu finanziellen Mitteln – weisen die Tendenz auf, bei einer schrittweisen Finanzierung ihre Innovationsprojekte zu schnell abzubrechen. Gerade in frühen Phasen eines Projekts können eine geringfügig höhere Mittelausstattung und längere Laufzeiten den Unterschied ausmachen, ob gesetzte Meilensteine tatsächlich erreicht werden oder nicht. Aufgrund des Kostendrucks besitzen Firmen mit geringerer Bonität oft nicht den finanziellen Atem, den es benötigt, um Projekte so weit zu verfolgen, dass sich Erfolgchancen eindeutig herauskristallisieren.

Keine Patentlösung für unsichere Innovationsprojekte

Gerade in Situationen, in denen eine effiziente Zuteilung von finanziellen Mitteln eine große Bedeutung hat, also wenn der Zugang zu finanziellen Mitteln erschwert ist oder Firmen ihr Produktangebot grundlegend erweitern wollen, stellt sich eine schrittweise Finanzierung als ungeeignet heraus, den Innovationserfolg positiv zu beeinflussen. Die ZEW-Studie betont damit, dass es keine Patentlösung für den Umgang mit unsicheren Innovationsentscheidungen gibt. Unternehmen sollten daher sorgfältig die organisatorischen Rahmenbedingungen und die strategischen Ziele ihrer FuE-Aktivitäten überprüfen, damit sich eine aufwendige Umstrukturierung des Investitionsprozesses als Erfolg erweist und somit eine passende Finanzierung für Innovationsprojekte gefunden werden kann.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14091.pdf>

Paul Hünermund, huenermund@zew.de

Osteuropäische Länder profitieren von der EU-Klimapolitik

Mit ihrer aktuellen Klimapolitik will die Europäische Union Vorreiter beim Umwelt- und Klimaschutz sein. Allerdings haben die klimapolitischen Maßnahmen auch eine umverteilende Wirkung auf die Kaufkraft zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Das ZEW zeigt in einer seiner aktuellen Studien, dass von dieser Umverteilung insbesondere die osteuropäischen Länder profitieren.

Das EU-Emissionshandelssystem und die Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien stellen zwei wesentliche Säulen der EU-Klimapolitik dar. Bis zum Jahr 2020 soll der Ausstoß an klimaschädlichen Treibhausgasen in Europa um 20 Prozent im Vergleich zu 1990 reduziert werden. Jüngste Forschungsergebnisse des ZEW zeigen, dass es aufgrund dieser Politik zu einer Umverteilung der Kaufkraft sowohl zwischen den EU-Mitgliedstaaten als auch innerhalb der Länder kommt. Insgesamt sind die Effekte moderat und vor allem osteuropäische Länder profitieren von den Verteilungswirkungen.

Für die ärmsten Länder der EU, wie etwa Bulgarien und Rumänien, ist ein vergleichsweise deutlicher Zuwachs an Kaufkraft der privaten Haushalte bis zum Jahr 2020 zu erwarten. Auch für Länder wie Ungarn, die Tschechische Republik oder die Slowakei werden positive Kaufkrafteffekte prognostiziert (siehe Grafik). Grund dafür sind die EU-weiten Zuteilungsregeln für Emissionsrechte, die aus Sicht vieler osteuropäischer Länder sehr vorteilhaft gestaltet sind, da Osteuropa mehr Zertifikate zugeteilt bekommt, als die dortige einheimische Industrie benötigt. Für die meisten anderen EU-Länder werden moderate Minderungen der Kaufkraft vorhergesagt. Das gilt auch für Deutschland, wo die Kosten im europäischen Vergleich dennoch gering ausfallen. Die verschiedenen nationalen Maßnahmen der Energiewende wurden bei der Untersuchung bewusst außer Acht gelassen um einen europaweiten Vergleich zu ermöglichen.

Die ZEW-Studie zeigt, dass insbesondere der EU-Emissionshandel positiv hervorzuheben ist: Er stellt ein effizientes und wirkungsvolles umweltpolitisches Instrument dar. So können negative Verteilungswirkungen zum größten Teil vermieden werden. Eine Situation, in der die EU keine konkreten Vorgaben zum Ausbau erneuerbarer Energien macht, ist mit Blick auf die Verteilungswirkung positiv zu bewerten. Vor allem die ärmsten EU-Länder würden davon profitieren.

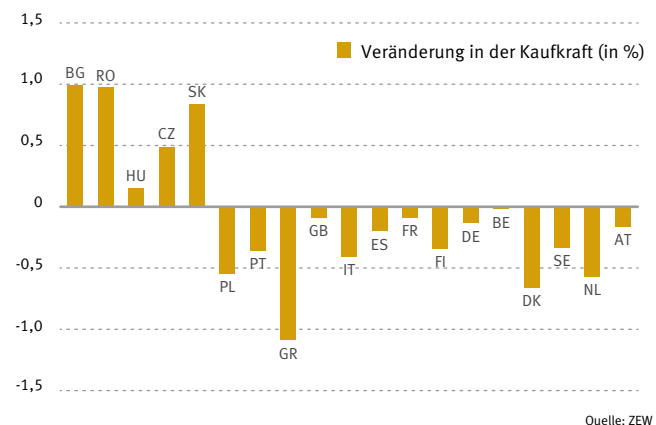
Negative Verteilungswirkungen gilt es zu vermeiden

Werden die zu erwartenden Verteilungswirkungen für jedes einzelne EU-Land aufgeschlüsselt, so zeigt sich, dass die Politik die Lasten, die auf verschiedene Haushaltstypen entfallen, sehr gut steuern kann. Grundsätzlich muss vor einer regressiven Klimapolitik gewarnt werden. Eine Politik ist regressiv, wenn Haushalte mit geringerem Einkommen stärker belastet werden als wohlhabende Haushalte. Politische Maßnahmen, deren Kosten

ungleichmäßig verteilt sind, sind politisch unattraktiv, da der Eindruck entsteht, dass die Politik auf dem Rücken einer bestimmten Bevölkerungsschicht ausgetragen wird. Je nach dem wie die Verkaufserlöse der Emissionsrechte verwendet werden, können negative Verteilungswirkungen aber vermieden werden. Als Faustregel empfiehlt sich, von umfangreichen Subventionen Abstand zu nehmen und die Bürger an den Erlösen aus dem Verkauf von Emissionsrechten zu beteiligen. Ein solches Vorgehen ist durch geltendes EU-Recht gedeckt. So könnten Verkaufserlöse etwa über die existierenden Steuer- und Transfersysteme in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden, um positive Nachfrageeffekte zu generieren.

Gegenwärtig speisen die Erlöse aus der EU-Klimapolitik in Deutschland vor allem den „Energie- und Klimafonds“, ein Sondervermögen des Bundes, aus dem Klimaschutzmaßnahmen finanziert werden. Eine direkte Beteiligung der Bürger an den Erlösen der EU-Klimapolitik findet momentan also nicht statt.

ERWARTETE KAUFKRAFTEFFEKTE SEITENS PRIVATER HAUSHALTE ALS FOLGE DER EU-KLIMAPOLITIK UND EU-WEITER ZUTEILUNGSREGELN FÜR EMISSIONSRECHTE AUF LÄNDEREBENE



Die EU zielt darauf ab, ihre Klimapolitik ab 2020 neu auszurichten. Der Verhandlungserfolg auf EU-Ebene hängt davon ab, dass sich kein Land als Verlierer fühlt. Die ZEW-Studie zeigt, dass mit der Zuteilung von Emissionsrechten ein Instrument zur Verteilung von Politikkosten besteht und zur Zeit schon wirkungsvoll eingesetzt wird. Gleichzeitig wird deutlich, dass die Wirksamkeit dieses Verteilungsinstruments vom Preis der Emissionsrechte abhängt und Maßnahmen, die diesen Preis schwächen, die Verteilungswirkungen untergraben können.

Die ZEW-Studie ist Teil des von der EU geförderten ENTRACTE-Programms: <http://entracte-project.eu/research/report-distributional-impacts-energy-consequences-policy-mixes>

Unternehmen setzen unterschiedliche Prioritäten beim Schutz der eigenen Marke

Marken sind im Alltag allgegenwärtig. Doch welche Vorteile entstehen durch eine geschützte Marke überhaupt? Eine aktuelle ZEW-Studie zeigt, welche Unternehmen ihre Marken beim deutschen oder europäischen Markenamt registrieren lassen und warum die Entfernung zum Kunden, die Forschungstätigkeit, die Größe des Unternehmens, die Qualität der Produkte und die Zahl der Kunden wichtige Beweggründe für diese Entscheidung sind.

Nahezu jedes Produkt ist mit einer Marke gekennzeichnet. Und das hat Vorteile. Eine Marke ermöglicht es, Produkte desselben Herstellers wiederzuerkennen und sie von anderen Produkten zu unterscheiden. So wird an mit diesem Produkt gemachte Erfahrungen angeknüpft. Funktionalität, Haltbarkeit, Verlässlichkeit, Wirksamkeit und Benutzerfreundlichkeit sowie Vor- und Nachteile des Produkts lassen sich einschätzen. Ist die Qualität zufriedenstellend, wird das unter dieser Marke vertriebene Produkt wahrscheinlich nochmal gekauft. Damit helfen Marken Unternehmen, Kunden zu erneuten Käufen zu machen und langfristig zu binden. Unternehmen haben entsprechend Anreize, Marken mit guter Reputation zu etablieren, die für eine verlässliche Qualität stehen.

Eine etablierte Marke zählt zu den wertvollsten immateriellen Vermögensgegenständen, die ein Unternehmen haben kann. Dies gilt allerdings nur, solange das Unternehmen die Marke exklusiv nutzen kann. Die Registrierung der Marke beim Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) oder beim entsprechenden europäischen Amt (OHIM) verschafft dem Unternehmen dieses exklusive Nutzungsrecht. Der Markenschutz steht jedem Unternehmen offen und die Annahme liegt nahe, dass fast jedes Unternehmen über schützenswerte Reputation verfügt.

Die ZEW-Studie zeigt jedoch, dass die große Mehrheit der Unternehmen ihre Reputation nicht mittels registrierter Marken

schützt. Basierend auf der für Deutschland repräsentativen Innovationserhebung des ZEW zeigt sich, dass nur 17,8 Prozent der Unternehmen Marken beim deutschen oder europäischen Markenamt registrieren. Dabei ist die Markenregistrierung mit vergleichsweise geringen Gebühren (ab 290 Euro) verbunden und schützt eine Marke für zehn Jahre, wobei die Schutzdauer immer wieder um weitere zehn Jahre verlängert werden kann.

Wenn also lediglich eines von fünf Unternehmen eine oder mehrere Marken registriert, was unterscheidet diese von anderen Unternehmen? Die Gruppe von Unternehmen mit Marken ist überproportional häufig in der forschungsintensiven Industrie angesiedelt und die Wahrscheinlichkeit registrierte Marken zu haben, steigt mit der Größe des Unternehmens.

Marken fallen je nach Distanz zum Kunden ins Gewicht

Der gesteigerte Wiedererkennungswert durch eine Marke erscheint besonders wichtig, wenn sich das Unternehmen und seine Kunden nicht kennen, also keine persönliche Beziehung besteht. In diesem Fall basiert die Reputation der Produkte nicht mehr auf der direkten Beziehung zu den Kunden, sondern auf der Reputation der Marke. National oder international agierende Unternehmen können nur schwer eine enge persönliche Beziehung zu ihren Kunden pflegen. Gleiches gilt für Unternehmen mit einer großen Anzahl von Kunden. Tatsächlich zeigt die Studie, dass Marken umso wichtiger sind, je größer die Distanz zwischen dem Unternehmen und seinen Kunden ist. Unternehmen mit einer hohen Distanz registrieren mit dreifach höherer Wahrscheinlichkeit Marken als solche mit einer geringen Distanz zu ihren Kunden.

Der Aufbau einer guten Reputation wäre außerdem vernachlässigbar, wenn potenzielle Kunden die Eigenschaften eines Produkts genau einschätzen können. Dann könnten sie die von den verschiedenen Herstellern angebotenen Produkte miteinander vergleichen und das Produkt mit den für sie passenden Eigenschaften auswählen. Meist sind Kunden jedoch nicht perfekt über angebotene Produkte informiert. Die Studie zeigt, dass Unternehmen Marken vermehrt nutzen, wenn die (Qualitäts-)Eigenschaften ihrer Produkte schwer einzuschätzen sind.

Schwer zu bewerten sind auch die Eigenschaften von Innovationen, also neuen oder merklich verbesserten Produkten. Haben Kunden bereits gute Erfahrungen mit einer Marke gemacht, können sie diese Erfahrung auf das innovative Produkt übertragen. Die Studie legt dar, dass innovative Unternehmen mit einer bis zu dreimal höheren Wahrscheinlichkeit Marken registrieren und damit die Reputation ihrer Produkte schützen.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp14118.pdf>

Dr. Dirk Crass, crass@zew.de

Unternehmen nutzen Marken, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, dass Kunden ihre Produkte erneut kaufen. Doch nur ein Fünftel aller Unternehmen lässt sich Marken schützen.



Abschaffung des Hochschullehrerprivilegs hat weniger Technologietransfer zur Folge

ZEW-Wissenschaftler haben die Auswirkungen der Abschaffung des sogenannten Hochschullehrerprivilegs auf die Patentaktivitäten von Hochschulprofessoren untersucht. Das Ergebnis: Der durch die Gesetzesänderung im Jahr 2002 beschlossene Transfer der Eigentumsrechte an Hochschulerfindungen von den Erfindern auf die Universitäten hat zu einem signifikanten Rückgang der Patentanmeldungen von Hochschulprofessoren geführt – und somit bisher das Ziel verfehlt, den Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu erhöhen.

Intellektuelle Eigentumsrechte gehören zu den wichtigsten Instrumenten zur Steuerung von Anreizen für die Entdeckung und Kommerzialisierung von neuem Wissen. Vor dem Jahr 2002 lagen die Rechte an Erfindungen, die von Hochschulangehörigen gemacht wurden, bei den Erfindern selbst. Diese hatten somit die Möglichkeit, frei über die Patentierung und Vermarktung ihrer Forschungsergebnisse zu entscheiden. Seit 2002 kann die Universität per Gesetz das Eigentum am Patent beanspruchen. Die Erlöse aus dem Patent fließen damit ebenfalls an die Universität, die im Gegenzug die Kosten der Patentanmeldung übernimmt und mit potenziellen Käufern und Lizenznehmern verhandelt. Der Erfinder erhält 30 Prozent der Erlöse aus dem Patent. Ziel der Gesetzesänderung war es, die Patentierung von Hochschulerfindungen zu fördern und somit den Wissenstransfer in die Wirtschaft zu erleichtern.

Die ZEW-Forscher haben nun die Wirkung dieser Gesetzesänderung empirisch mit Hilfe eines natürlichen Experiments untersucht. Da Wissenschaftler an anderen öffentlichen, nicht-universitären Forschungseinrichtungen auch vor 2002 nicht das Recht hatten, Patente auf ihren eigenen Namen anzumelden, waren sie von der Gesetzesänderung nicht betroffen. Sie dienen somit als Kontrollgruppe in der Studie.

Abschaffung des Hochschullehrerprivilegs verteilt Kosten und Risiken für einzelne Professoren neu

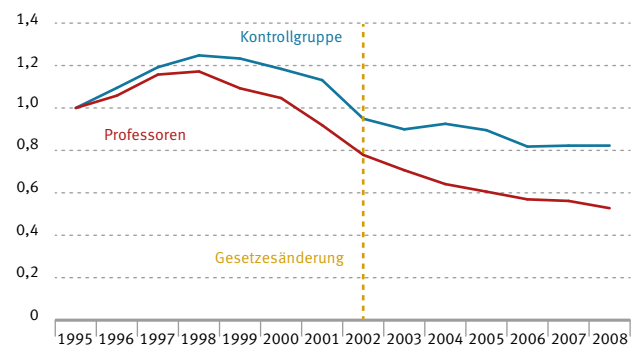
Durch die Verlagerung der Entscheidung über die Patentanmeldung von Hochschulangehörigen auf die Universität wurde eine Verschiebung der Kosten und Risiken des Patentierungsprozesses angestoßen. Grundlage der Gesetzesänderung war die Annahme, dass Kosten und Risiken der Patentanmeldung für die einzelnen Professoren so hoch waren, dass sie nicht genügend Anreize hatten ihre Erfindungen zu patentieren. Im Nachhinein erscheint diese Annahme als falsch.

Die ZEW-Analyse zeigt, dass die Auswirkungen der Gesetzesänderung heterogen sind und von Kosten und Nutzen der Universität im Vergleich zu denen der einzelnen Professoren vor der Gesetzesänderung abhängen. Bei denjenigen Professoren, die vor der Gesetzesänderung keine Kontakte zur Industrie hatten

und somit Kosten und Risiken größtenteils selbst trugen, bedeutet die Übertragung von Kosten und Risiken auf die Universität eine Erleichterung. Die empirischen Modelle des ZEW bestätigen eine Erhöhung der Patentaktivität dieser Professoren.

Im Gegensatz dazu wird die Patentierung von Erfindungen solcher Professoren, die bereits etablierte Industriekontakte haben, relativ gesehen unattraktiver: Die Gewinne müssen nicht nur zwischen Forscher und Unternehmen sondern auch mit der Universität geteilt werden. Durch Neuverhandlungen zwischen

DURCHSCHNITTLICHE PATENTE PRO FORSCHER UND JAHR FÜR PROFESSOREN UND DIE KONTROLLGRUPPE



Index relativ zu 1995. Ab 2002 geht die durchschnittliche Patentanzahl der Professoren stärker zurück als die Patentanzahl in der Kontrollgruppe.
Quelle: ZEW

den drei Parteien entstehen wiederum zusätzliche Kosten. Für diese Professoren beobachten die ZEW-Forscher einen signifikanten Rückgang der Patentanmeldungen nach 2002. Da die Mehrheit aller Professoren vor 2002 schon mit der Industrie zusammengearbeitet hat, ist der durchschnittliche Effekt der Gesetzesänderung negativ.

Während die Ergebnisse die mittelfristigen Auswirkungen der Gesetzesänderung aufzeigen, besteht allerdings die Möglichkeit, dass langfristig eine positive Wirkung erzielt wird – und zwar durch junge Wissenschaftler, die von positiven Lerneffekten im Technologietransfermanagement profitieren. Anhand der Daten bis 2008 zeigt sich, dass die Anzahl patentierender Hochschulprofessoren nach der Gesetzesänderung nicht steigt, sondern sinkt. Die ZEW-Wissenschaftler betonen daher, dass es notwendig ist, bestehende Beziehungen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft mit Blick auf institutionelle und länderspezifische Umstände vollständig zu analysieren, bevor die Politik eine Stärkung des Technologietransfers in Erwägung zieht.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp15007.pdf>

Dr. Paula Schliessler, schliessler@zew.de
Thorsten Doherr, doherr@zew.de

Nachgefragt: Hat Deutschland ein Armutsproblem?

„Niemand ist wirklich von absoluter Armut in seiner Existenz bedroht“

Scheinbar geht die europäische Staatsschuldenkrise spurlos an Deutschland vorüber. Die Wirtschaft profitiert von einem schwachen Euro, die Arbeitslosigkeit sinkt und der Bundeshaushalt schreibt eine schwarze Null. Mitten in dieses vermeintliche ökonomische Idyll platzt die alarmierende Meldung: 12,5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind von Armut betroffen – und damit mehr als je zuvor. Verarmt Deutschland im internationalen Vergleich? ZEW-Finanzökonom Andreas Peichl betont, dass Armut ein relatives Phänomen ist – und Informationen über die Ränder der Einkommensverteilung immer relativ ungenau sind.

Deutschland gilt als eines der reichsten Länder der Welt. Dennoch warnen Befunde: Die Armutsquote sei mit derzeit 15,5 Prozent auf ein Allzeithoch gestiegen. Wie arm sind wir?

Niemand in Deutschland ist wirklich von absoluter Armut in seiner Existenz bedroht. Armut hierzulande wird üblicherweise dadurch quantifiziert, dass jemand über ein Einkommen von unter 60 Prozent des Medianeinkommens verfügt. Eine statistisch bestimmte Armutsquote von 15,5 Prozent ist nur eine von mehreren Schätzungen. In einem aktuellen Gutachten kommen wir auf Basis des sozio-ökonomischen Panels auf eine Armutsquote von 14,3 Prozent für das Jahr 2012. Zudem ist die Quote persistenter Armut – sprich die Quote derjenigen Personen, die in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren von Armut betroffen sind – deutlich zurückgegangen. 2012 lebten in Deutschland 2,3 Prozent aller Personen in Privathaushalten in drei der vier Jahre davor unterhalb der Armutsschwelle. 84 Prozent aller Personen, die 2012 als „arm“ galten, haben also in den vorherigen Jahren noch oberhalb der Armutsschwelle gelebt. Umgekehrt sind viele, die früher unter Armut gelitten haben, aus der Armut herausgekommen. Es gibt daher eine größere Mobilität aus der Armut heraus, aber umgekehrt natürlich auch in diese herein.



Prof. Dr. Andreas Peichl

ist Leiter der Forschungsgruppe „Internationale Verteilungsanalysen“ am ZEW und Professor für Quantitative Finanzwissenschaft an der Universität Mannheim. Sein Forschungsschwerpunkt liegt zudem auf Arbeitsmarktökonomik. Zu seinen aktuellen Forschungsthemen zählen die Auswirkungen der Besteuerung auf Haushaltsentscheidungen und die Einkommensverteilung, die Inzidenz verschiedener Steuerarten sowie die optimale Ausgestaltung von Steuer- und Transfersystemen im internationalen Vergleich.

peichl@zew.de

Beklagt wird allerdings, dass es trotz steigender Beschäftigung nicht weniger mittellose Menschen gibt. Haben sich Arbeitslosen- und Armutsquote entkoppelt?

Arbeitslosigkeit und Armut sind nach wie vor eng miteinander verwoben: Die Armutsquote von Arbeitslosen liegt deutlich über der Quote jeder anderen Bevölkerungsschicht. Über 70 Prozent aller Personen in Haushalten, in denen sämtliche erwerbsfähigen Personen arbeitslos sind, sind armutsgefährdet. Allerdings ist die Arbeitslosenrate in Deutschland seit 2005 stark zurückgegangen, während die Armutsquote relativ konstant geblieben ist. Ein Grund hierfür ist die Tatsache, dass viele vormals Arbeitslose in Minijobs oder anderen geringfügigen Beschäftigungsformen unterkommen. Es ist eine politische Entscheidung, ob Menschen eher in solchen Beschäftigungsformen arbeiten sollen, als vollständig auf Unterstützung angewiesen zu sein. Auch falls der Job alleine nicht das Existenzminimum sichert und der Staat teilweise die Haushalte weiterhin unterstützt.

Gefühlt konzentriert sich immer mehr Kapital in den Händen weniger, während die deutsche Volkswirtschaft nicht schnell genug wächst, als dass jeder davon profitieren könnte.

Prinzipiell sind Vermögen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. Während 2012 die Bestverdienenden zehn Prozent der Bevölkerung das 1,9-fache Nettoeinkommen der ärmsten 50 Prozent verdienten, betrug dieser Quotient bezogen auf das Vermögen 10,6 – eine Kennzahl, die seit 2003 um 23 Prozent gestiegen ist. Hatten die ärmsten 50 Prozent der Bevölkerung 2003 einen Anteil von 2,5 Prozent am Gesamtvermögen, waren es im Jahr 2013 nur noch ein Prozent. Gleichzeitig sind immer mehr Haushalte verschuldet oder vermögenslos. Der Anteil am Gesamtvermögen der reichsten zehn Prozent ist von 49 Prozent auf 52 Prozent gestiegen. Die Wahrnehmung, dass sich das Vermögen stärker konzentriert, ist also richtig.

In vielen deutschen Großstädten sind die Lebenshaltungskosten enorm, während sich das mittlere Nettoeinkommen je nach Bundesland unterscheidet. Muss neu umverteilt werden?

Das mittlere Nettoeinkommen unterscheidet sich zwischen Ost- und Westdeutschland um mehr als 4.500 Euro, das Medianeinkommen um 3.000 Euro pro Jahr. Mit 20,5 Prozent ist die Armutsgefährdungsquote im Osten deutlich höher als im Westen, wo sie bei 12,7 Prozent liegt. Aber das ist nicht nur eine Ost-West-Frage. Auch zwischen einzelnen Bundesländern gibt es starke Unterschiede: Während etwa in Bayern 4,2 Prozent der Bevölkerung Sozialleistungen und Arbeitslosengeld beziehen, sind es in Bremen mehr als 18 Prozent und in Berlin sogar 20,7 Prozent. Mit dem mittleren Nettoeinkommen in den Bundesländern verhält es sich ähnlich. Diese Entwicklungen sind jedoch nicht neu. Im internationalen Vergleich steht Deutschland bei der Varianz der Lebenshaltungskosten nicht so schlecht da.



Das Reich der Mitte investiert massiv in Forschung und Entwicklung. Dabei zeigt sich, dass chinesische Unternehmen ohne staatliche Mehrheitsbeteiligungen davon am meisten profitieren – und inzwischen einen Vorsprung im Vergleich zu Staatsunternehmen haben.

Steigende Forschungsproduktivität bei chinesischen Unternehmen

In der chinesischen Volkswirtschaft ist ein starker Anstieg der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) zu beobachten. Lagen die Investitionen gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) Anfang 2000 noch bei unter einem Prozent, konnte der Wert bis 2013 auf mehr als zwei Prozent gesteigert werden – und damit fast EU-Niveau erreichen. Da die Steigerungen zumindest teilweise auf Vorgaben der politischen Führung zurückgehen, bleibt unklar, ob sich die steigenden Ausgaben positiv auf die Produktivität der Unternehmen auswirken. Eine Studie des ZEW untersucht, wie sich die Forschungsproduktivität chinesischer Unternehmen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat.

Über die vergangenen zwei Dekaden hinweg ist die chinesische Wirtschaft durch eine tiefgreifende strukturelle Transformation gekennzeichnet, welche das Land von einer Plan- hin zu einer gemischten Marktwirtschaft gebracht hat. Hierzu gehören auch Veränderungen in der Eigentümerstruktur der chinesischen Unternehmen. Im Verlauf der späten 1990er und 2000er Jahre wurden viele staatliche Unternehmen aufgelöst oder privatisiert. So hat der staatliche Sektor deutlich an Einfluss verloren. Belief sich der Beitrag der Staatsunternehmen zur Industrieproduktion in den frühen 90er Jahren noch auf mehr als 70 Prozent, verringerte er sich auf rund 20 Prozent im Jahr 2001 und liegt aktuell bei nur noch acht Prozent.

Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Eigentümerstrukturen hat die ZEW-Studie die Auswirkungen der FuE-Aktivitäten auf die totale Faktorproduktivität chinesischer Unternehmen in einem Zeitraum von zehn Jahren analysiert. Dabei wurden neben dem reinen Volumen der FuE-Ausgaben auch deren Umsetzung in patentgeschützte Erfindungen und der Einfluss von Forschungsk Kooperationen berücksichtigt. In der Studie wird zwischen privaten Unternehmen – an denen der Staat keine Anteile hält – und Staatsunternehmen – an denen der Staat bis zu 100 Prozent der Anteile halten kann – unterschieden.

Unternehmen ohne Staatsanteile schneiden besser ab

Ein zentrales Ergebnis der Studie lautet, dass private im Vergleich zu staatlichen Unternehmen nicht nur höhere Renditen aus eigener FuE-Aktivität generieren können, sondern diesen

Vorsprung über die Zeit noch ausgeweitet haben. Wohingegen staatliche Unternehmen lange von einem bevorzugten Zugang zu Ressourcen wie etwa Kapital profitierten, waren private Unternehmen von je her unmittelbarer dem Wettbewerb ausgesetzt. Sie mussten lernen, auf Marktbedürfnisse einzugehen und ihre unternehmensinternen Ressourcen effizienter einzusetzen. Die Umgestaltung der chinesischen Wirtschaft hin zu einer gemischten Marktwirtschaft kann also mit Blick auf die Effizienz der Investitionen in FuE als gelungene Strategie bezeichnet werden.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den Patentanmeldungen von chinesischen Unternehmen. Die starke Ausweitung der Patentanmeldungen geht mit einem sinkenden Einfluss auf die Produktivität einher. Bei Unternehmen in staatlichem Mehrheitsbesitz hat sich die Produktivitätsentwicklung von der Zahl der Patentanmeldungen abgekoppelt. Dieses Ergebnis könnte die Konsequenz einer Wirtschaftspolitik sein, die ihr Hauptaugenmerk auf die Erreichung von quantitativen Vorgaben legt. Um eine Steigerung der Patentanmeldungen zu erreichen, erhalten Unternehmen die Kosten der Anmeldung über Subventionen erstattet, was zu einer Ausweitung der Patentanmeldungen führt.

Noch Schwierigkeiten bei Forschungsk Kooperationen

Bisher erweisen sich Forschungsk Kooperationen als nicht produktivitätssteigernd. Chinesische Unternehmen haben immer noch mit großen Einschränkungen in den Bereichen Technologietransfer und Aufnahme von neuem Wissen zu kämpfen. Ein steigender Wettbewerbsdruck könnte dazu führen, dass sich Unternehmen für intensivere Kooperationen öffnen, mit denen Entwicklungskosten gesenkt und Wettbewerbsvorteile gesichert werden können. Also Kooperationen, die eine stärkere, über das bloße Teilen von staatlichen Unterstützungsleistungen hinausgehende Zusammenarbeit erfordern. Die Analyse dokumentiert eine insgesamt positive Entwicklung der chinesischen Forschungsproduktivität, zeigt aber auch Bereiche mit Verbesserungspotenzial auf.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/dp/dp15006.pdf>

Philipp Böing, boeing@zew.de
Prof. Dr. Elisabeth Müller, e.mueller@fs.de

ZEW-Wissenschaftler besichtigen Demonstrationsfabrik zu Industrie 4.0



Der ZEW-Forschungsbereich Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) hat am 6. März 2015 die zur Wittenstein AG gehörende Wittenstein bastian GmbH im baden-württembergischen Fellbach besucht und sich dort darüber informiert, wie die Verschmelzung von IKT mit klassischen Fertigungstechnologien in der Industrie funktionieren kann. Neben einer Besichtigung der Demonstrationsfabrik, in der sich die ZEW-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Vorstellung zum Stand der Umsetzung von Industrie 4.0 machen konnten, standen auf dem Programm zwei Diskussionsrunden mit den Leitern des Zukunftsfelds Cyber-Physische Systeme bei Wittenstein zu den Chancen und Risiken von Industrie 4.0 in der deutschen Wirtschaft.

MaCCI-Jahreskonferenz tagt zum vierten Mal am ZEW

Das ZEW hat gemeinsam mit der Universität Mannheim am 12. und 13. März 2015 die vierte Jahreskonferenz des Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI) veranstaltet. Rund 90 Teilnehmer, darunter zahlreiche Wissenschaftler und Praktiker, diskutierten aktuelle und praxisrelevante Forschungsfragen zu den Themen Wettbewerb und Innovation aus ökonomischer und juristischer Perspektive. Der erste Hauptredner der Konferenz, Dr. Mike Walker, Chefökonom der britischen

Wettbewerbsbehörde, identifizierte in seinem Vortrag eine Reihe offener wettbewerbspolitischer Fragen, zu denen die ökonomische Disziplin bisher keine hinreichend abgesicherten Handlungsempfehlungen vorlegen konnte – und bei denen noch Forschungsbedarf besteht. Die nächste MaCCI-Jahreskonferenz ist für März 2016 geplant. Zuvor wird MaCCI im laufenden Jahr noch einige weitere Veranstaltungen ausrichten, wie etwa die Mannheim Energy Conference am ZEW.

Leibniz-Präsident Matthias Kleiner besucht das ZEW

Prof. Dr.-Ing. Matthias Kleiner, der Präsident der Leibniz-Gemeinschaft, hat am 10. April 2015 das ZEW in Mannheim besucht, eines von derzeit 89 Mitgliedsinstituten im Forschungsverbund der Leibniz-Gemeinschaft. Kleiner informierte sich über die aktuelle Forschungsarbeit des Instituts sowie über die Arbeit der beiden Leibniz-Wissenschaftscampi MaCCI und MaTax, in denen das ZEW eng mit der Universität Mannheim zusammenarbeitet. ZEW-Präsident Prof. Dr. Clemens Fuest und der Kaufmännische Direktor des ZEW, Thomas Kohl, stellten das Institut und seine Strukturen sowie dessen Forschungsagenda vor. Eine Postersession von Nachwuchswissenschaftlern rundete den Besuch des Leibniz-Präsidenten am ZEW ab. Die jungen Forscherinnen und Forscher präsentierten Kleiner die Ergebnisse ihrer aktuellen wissenschaftlichen Arbeit und beantworteten Fragen, die sich für Kleiner aus den Ausführungen ergaben.

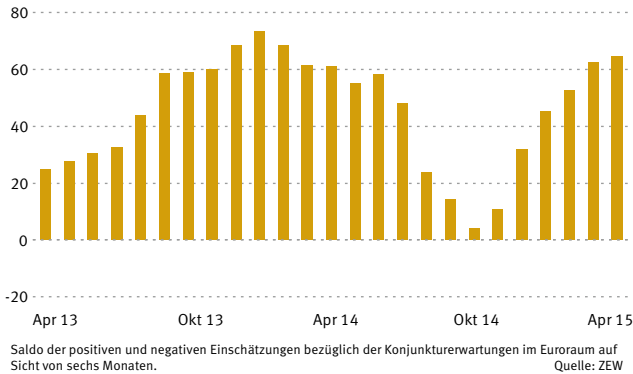


ZEW-Ökonomin Irene Bertschek in Beraterkreis „Arbeiten 4.0“ des Bundes berufen



Die Digitalisierung und Vernetzung von Geschäftsprozessen und Kommunikationswegen verändern zunehmend die Arbeitswelt. Aus diesem Grund hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Zuge eines Dialogprozesses den Beraterkreis „Arbeiten 4.0“ gegründet. Prof. Dr. Irene Bertschek, Leiterin des ZEW-Forschungsbereichs Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT), wurde vom Ministerium als Expertin in das Gremium berufen. In dieser Funktion soll sie gemeinsam mit weiteren Vertretern aus Wissenschaft und Praxis sowie dem BMAS bis Ende 2016 Handlungsbedarfe identifizieren und Lösungen zur Gestaltung der zukünftigen, digitalen und vernetzten Arbeitswelt ausarbeiten. Der Beraterkreis hat am 22. April 2015 seine Arbeit aufgenommen.

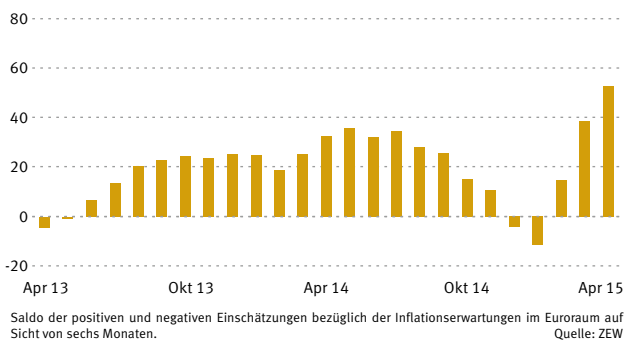
ZEW-Finanzmarkttest im April 2015



Eurozone: Konjunkturerwartungen steigen weiter

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich im April 2015 zum sechsten Mal in Folge verbessert. Der entsprechende Indikator steigt um 2,4 Punkte verglichen mit dem Vormonat und steht mit 64,8 Punkten auf dem höchsten Stand seit Februar 2014. Auch die Bewertung der Finanzmarktexperten bezüglich der konjunkturellen Lage in der Eurozone hat sich verbessert. Der entsprechende Indikator legt im Vergleich zum März um 8,3 auf minus 28,3 Punkte zu. Die wirtschaftliche Erholung der Eurozone wird vor allem vom schwachen Euro und niedrigen Energiepreisen getragen. Griechenland bleibt der größte Risikofaktor.

Jesper Riedler, riedler@zew.de

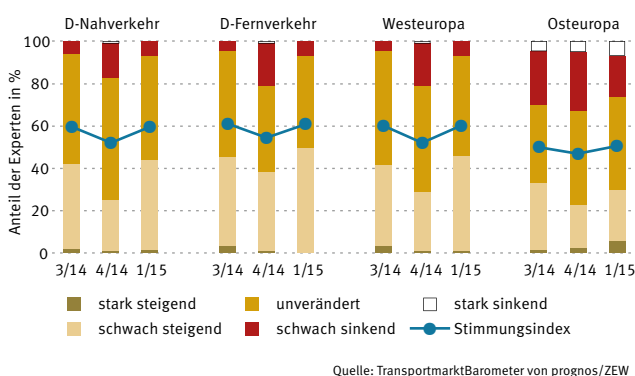


Inflationserwartungen für die Eurozone ziehen an

Mehr als die Hälfte der vom ZEW befragten Finanzmarktexperten erwarten, dass die Inflationsrate in der Eurozone steigen wird. Der entsprechende Saldo legt um 14,3 auf 52,7 Punkte zu. Höher stand der Indikator zuletzt im Mai 2011. Wie bereits in den vergangenen Monaten dürften die Triebfedern dafür eine erwartete weitere Abwertung des Euro sowie ein erwarteter Ölpreisanstieg sein. Die entsprechenden Salden gingen zwar leicht zurück, deuten aber an, dass eine Fortsetzung der Entwicklung der vergangenen Monate erwartet wird.

Dominik Rehse, rehse@zew.de

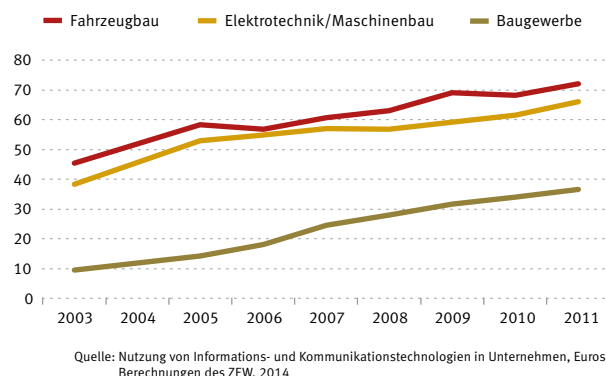
Optimismus kehrt in die Transportindustrie zurück



Nach den eher negativen Erwartungen im letzten Quartal 2014 stehen die Zeichen im Straßengüterverkehr eindeutig auf Wachstum. Im deutschen Fernverkehr sind 50 Prozent der Experten des TransportmarktBarometers von prognos/ZEW der Meinung, dass die Mengen zumindest leicht steigen werden. Diese Einschätzungen sind im Einklang mit den in letzter Zeit veröffentlichten eher positiven wirtschaftlichen Erwartungen. Entsprechend steigt der Stimmungsindex wieder. Sogar die in den vergangenen Quartalen wenig verwöhnten Osteuropa-Akteure sehen einen leichten Hoffnungsschimmer trotz anhaltender Ukraine-Krise.

Dr. Martin Achtnicht, achtnicht@zew.de

Digitalisierung im produzierenden Gewerbe schreitet zunehmend voran



Der Branchenindex DIGITAL des ZEW misst den Grad der Digitalisierung für 21 Branchen in Deutschland. Der Ausgangswert in der Branche Elektrotechnik und Maschinenbau lag im Jahr 2003 bei 38 Punkten – 2011 lag der Wert bereits bei 66 Punkten. Der Grad der Digitalisierung hat demnach um 74 Prozent zugenommen. Im Fahrzeugbau stieg der Indikator von 46 Punkten im Jahr 2003 auf 72 Punkte im Jahr 2011. Im Baugewerbe lag der Index mit neun (2003) und 37 Punkten (2011) auf sehr niedrigem Niveau. Die zunehmende Digitalisierung ist hier hauptsächlich auf eine größere Anzahl der Breitbandzugänge zurückzuführen.

Dr. Jörg Ohnemus, ohnemus@zew.de



Experten bleiben Antworten zur Investitionspolitik schuldig

Es ist zu begrüßen, dass Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel eine Expertenkommission beauftragt hat, Vorschläge für die Stärkung von Investitionen in Deutschland zu ma-

chen. Ob es in Deutschland wirklich eine signifikante Investitionslücke gibt, ist zwar umstritten, die große Bedeutung privater und öffentlicher Investitionen für die wirtschaftliche Zukunft liegt aber auf der Hand. Der Bericht, den die Expertenkommission jetzt vorgelegt hat, ist allerdings enttäuschend.

Erstens sind die Experten offenbar an die kurze Leine gelegt worden. Zentrale Fragen der Investitionspolitik werden nicht beantwortet: Vor allem bleibt unklar, ob höhere öffentliche Investitionen durch Steuererhöhungen, mehr Staatsschulden oder geringeren staatlichen Konsum bezahlt werden sollen. Wenn privates Kapital mobilisiert werden soll, was die Kommission befürwortet, müssen die Projekte Einnahmen erzielen. Bei Autobahnen etwa können Nutzergebühren erhoben werden. Unter Fachleuten besteht seit langer Zeit weitgehende Einigkeit darüber, dass eine auslastungsabhängige Maut für alle Kraftfahrzeuge der richtige Weg ist. Die Kommission beschränkt sich aber darauf, eine Ausdehnung der Lkw-Maut auf kleinere Lastwagen und Bundesstraßen zu fordern, während bei Pkw Mehrbelastungen ausgeschlossen sein sollen. Verkehrs- und umweltpolitisch ist diese Ausnahme nicht sinnvoll. Eine wichtige Funktion einer auslastungsabhängigen Maut besteht darin, zu Hauptverkehrszeiten höhere Preise zu verlangen und dadurch Staus zu verhindern. Dass Mehrbelastungen für Autofahrer unpopulär sind, mag sein. Aber mehr Nutzerfinanzierung zu fordern und die wichtigste Nutzergruppe davon auszunehmen, überzeugt nicht.

Zweitens sind einige Vorschläge finanzpolitisch abwegig. Zwar kritisiert die Expertenkommission zu Recht, dass in Zeiten knapper Kassen Investitionen meistens zuerst und überproportional gekürzt werden. Langfristig droht dadurch ein Verfall der öffentlichen Infrastruktur. Um das zu beheben, wird eine neue finanzpolitische Regel vorgeschlagen, nach der ‚unerwartete‘

Steuer Mehreinnahmen in Investitionen fließen sollten. Das ist nicht sinnvoll, weil die Fiskalpolitik dadurch prozyklisch wird, also Konjunkturschwankungen verstärkt. Nicht verplante Mehreinnahmen wie derzeit entstehen in wirtschaftlich guten Zeiten, während die Steuereinnahmen im Abschwung oft stärker als erwartet und eingeplant einbrechen. In Wirtschaftskrisen sollte der Staat mehr investieren. In Boomzeiten, wenn die Unternehmen genug zu tun haben, müssen Überschüsse Schulden tilgen.

Eine dritte Schwäche des Berichts liegt darin, dass wesentliche steuerliche Investitionshindernisse vernachlässigt werden, offenbar auf Druck der Gewerkschaften. So wird über die mangelnde Verrechenbarkeit von Verlusten oder die steuerliche Diskriminierung des Eigenkapitals fast nichts gesagt. Stattdessen kommen so ulkige Aussagen wie die, dass zu verlässlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen Maßnahmen zur Stärkung der privaten Nachfrage gehören – auch hier ist die Handschrift der Gewerkschaften unverkennbar. Immerhin spricht der Bericht durchaus einige wichtige Reformfelder an, beispielsweise die Notwendigkeit, den Zugang von jungen und innovativen Unternehmen zum Kapitalmarkt zu verbessern.

Welche Schlüsse wird die Politik aus dem Kommissionsbericht ziehen? Gefährlich ist sicherlich, dass durch die Einbindung privater Investoren und die Verlagerung von Infrastrukturinvestitionen in halböffentliche Unternehmen Schattenhaushalte entstehen, in denen öffentliche Verschuldung versteckt und der parlamentarischen Kontrolle und öffentlichen Debatte entzogen wird. Der Kommissionsbericht fordert hier eine saubere Abgrenzung. Ob die Politik dem folgt, muss sich zeigen. Eine positive Wirkung der Kommissionsarbeit könnte darin bestehen, dass die heute stark auf Umverteilungspolitiken konzentrierte Debatte sich wieder mehr der Frage zuwendet, wie Wirtschaftswachstum und Wohlstand in Deutschland gesteigert werden können.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail prinzler@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail kretz@zew.de
Gunter Grittmann (V.i.S.d.P) · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Fotos: iStockphoto (Seite 1, 4, 6, 9); ZEW (Seite 8, 10, 12)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2015